

1 Antrag

2
3 Die Rhein-Erft-SPD hat sich 2006 auf ihrem Kreisparteitag zum neuen
4 Grundsatzprogramm auch für die Idee eines Grundeinkommens ausgesprochen.
5 Gleichzeitig wurde der Auftrag an die Projektgruppe „Grundsatzprogramm“ vergeben,
6 ein sozialdemokratisches Modell für ein Grundeinkommen zu erarbeiten. Die
7 Projektgruppe hat seitdem in kontinuierlicher Arbeit, angeregt auch durch die
8 Mitarbeit auswärtiger Experten, die Grundzüge eines solidarischen
9 Grundeinkommens entwickelt.

10
11 Der Parteitag möge beschließen:

12
13 Die Mitgliederversammlung der Rhein-Erft-SPD

- 14 a) stimmt den Thesen für ein solidarisches Grundeinkommen zu
- 15 b) stimmt dem konkreten Modell für ein Solidarisches Grundeinkommen zu
- 16 c) beauftragt den Vorstand der Rhein-Erft-SPD und die Projektgruppe
17 „Grundeinkommen“, das Projekt Grundeinkommen innerhalb der SPD
18 voranzubringen, auch außerhalb der SPD für das Projekt zu werben und
19 Kooperationspartner für seine Realisierung zu gewinnen.

20 21 **Solidarisches Grundeinkommen – eine sozialdemokratische Perspektive**

- 22
23
24 1. **Ein Grundeinkommen ermöglicht allen Mitgliedern unserer Gesellschaft**
25 **eine menschenwürdige Existenz.** Die Sozialdemokratie hat sich in ihrer
26 Sozialpolitik bisher auf die Absicherung einer Vielzahl von Risiken
27 konzentriert. Angesichts zunehmender Gerechtigkeitsprobleme sollten diese
28 umfassend gelöst werden. Mit dem Projekt eines Grundeinkommens wird
29 unser Sozialstaat auf eine neue Grundlage gestellt. Es wird vorgeschlagen,
30 statt der Vielzahl sozialer Leistungen ein Grundeinkommen einzuführen, das
31 alle Bürger von Existenzsorgen befreit. Nur ein Grundeinkommen, das jedem
32 ohne eine Bedürftigkeitsprüfung in einer angemessenen Höhe garantiert wird,
33 entfaltet eine befreiende Wirkung.
- 34
35 2. **Ein Grundeinkommen wirkt einer Spaltung der Gesellschaft entgegen.**
36 Armut, schlechte Berufschancen und soziale Unsicherheit führen heute zu
37 einer vielfach gespaltenen Gesellschaft. Ein Grundeinkommen hingegen, das
38 ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsgrenze garantiert, ist
39 zentrales Projekt eines vorsorgenden Sozialstaates, der seine Mitglieder vor
40 materieller Not schützt und Chancen für ein solidarisches Leben in der
41 Gesellschaft eröffnet. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft, in der alle auf
42 einander angewiesen sind, wird gefördert, und die Demokratie erhält eine
43 besser gesicherte soziale Basis.
- 44
45 3. **Ein Grundeinkommen stärkt die Position der Beschäftigten und ihrer**
46 **Gewerkschaften.** Heute haben die Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt nur
47 sehr eingeschränkte Möglichkeiten, gegenüber ihrem Arbeitgeber „Nein“ zu
48 sagen, ohne ihren Erwerbsarbeitsplatz zu gefährden. Durch das
49 Grundeinkommen werden die Arbeitgeber veranlasst, die Arbeitsbedingungen
50 so zu gestalten, dass sie für die Beschäftigten attraktiv werden. Die
51 Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften würden damit eine neue

52 Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern gewinnen, auch ihre
53 Streikfähigkeit würde erhöht. Von einer solchen Stärkung der Beschäftigten
54 können auch die Arbeitgeber profitieren. Nicht mehr ein Wettbewerb um die
55 niedrigsten Löhne, sondern um Qualität und bessere Arbeitsbedingungen
56 stünde im Vordergrund. Die Beschäftigten wären besser motiviert – mit Folgen
57 für die Produktion.
58

59 **4. Ein Grundeinkommen macht Vollbeschäftigung möglich.**

60 Vollbeschäftigung ist eine unverzichtbare sozialpolitische Zielvorstellung. Sie
61 ist jedoch heute in der globalen kapitalistischen Marktgesellschaft nicht mehr
62 allein in der Form einer Erwerbsarbeit für alle zu realisieren. Andererseits gibt
63 es heute viele Formen von Arbeit und Beschäftigung, die nicht nur auf ein
64 Erwerbseinkommen ausgerichtet sind. Mit einem Grundeinkommen wäre
65 daher eine neue Form der Vollbeschäftigung möglich, die sich nicht nur auf
66 Erwerbsarbeit beschränkt, sondern in einer freien Tätigkeitsgesellschaft
67 gleichrangig mit anderen Formen der Arbeit verwirklicht werden kann. Ein
68 Grundeinkommen würde Freiräume für gelebte Solidarität eröffnen. Die SPD
69 hätte die Chance, in neuer Weise als Partei der Arbeit verstanden zu werden;
70 denn ihr Projekt des Grundeinkommens schafft Arbeit für alle und damit
71 Vollbeschäftigung.
72

73 **5. Ein Grundeinkommen belohnt Leistung.** Angesichts der Enttäuschung,
74 dass ein zu großer Teil des Verdienstes auf die Sozialleistungen angerechnet
75 wird, stehen heute viele vor der Entscheidung, vorzugsweise „schwarz zu
76 arbeiten“. Ein Grundeinkommen hingegen würde einen besseren finanziellen
77 Anreiz schaffen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, weil die Möglichkeiten
78 eines Zuverdienstes verbessert sind. Da mit der Absicherung der Existenz der
79 Zwang zu arbeiten verschwindet, kann sich jeder die Tätigkeiten suchen, die
80 seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten besser entsprechen. Das
81 Grundeinkommen wird sich demnach als leistungsfördernd erweisen.
82

83 **6. Das Grundeinkommen vereinfacht und verbessert unseren Sozialstaat.**

84 Das Grundeinkommen würde viele der bisherigen Sozialleistungen ersetzen,
85 unzählige Prüfungen und Kontrollen könnten entfallen. Der deutsche
86 Sozialstaat wäre damit für alle, die seine Leistungen in Anspruch nehmen
87 wollen, besser überschaubar; seine Akzeptanz wäre gestärkt – und damit
88 auch die unserer Demokratie. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre
89 zudem ein großer Beitrag zum Abbau von Bürokratie.
90

91 **7. Das Grundeinkommen ermöglicht Bildung für alle.** Mit der Einführung

92 eines Grundeinkommens erhält jedes Mitglied der Gesellschaft die Chance,
93 die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu absolvieren, ohne in
94 wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten. Eltern müssten sich nicht
95 verschulden, um eine bessere Ausbildung ihrer Kinder zu ermöglichen. Mit
96 einem Grundeinkommen kann jeder Einzelne die Forderung nach
97 lebenslangem Lernen in der Wissensgesellschaft einlösen. Ohne das
98 solidarische Grundeinkommen bleibt das Recht auf Bildung uneingelöst.
99

103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153

Ausbau unseres Sozialstaats: Das solidarische Grundeinkommen konkret

1. **Das solidarische Grundeinkommen erhält jeder und jede, die legal in Deutschland wohnen.** Jede Einwohnerin und jeder Einwohner, die oder der eine festzulegende Mindestdauer in Deutschland legal seinen ersten Wohnsitz hat, hat Anspruch auf ein Grundeinkommen. Mit dieser einfachen Regelung lassen sich Befürchtungen entgegenreten, durch ein Grundeinkommen würde eine unkontrollierte Einwanderung stattfinden.
2. **Ein solidarisches Grundeinkommen sichert das sozio-kulturelle Existenzminimum für Erwachsene mit 800 Euro und für Kinder mit 500 Euro im Monat.** Die Höhe des Grundeinkommens orientiert sich an dem vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Gebot der Gewährleistung des sozio-kulturellen Existenzminimums. Durch diese materielle Absicherung soll Menschen die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglicht werden. In dem Grundeinkommen von 800 Euro für Erwachsene und 500 Euro für Kinder sind die Wohnkosten enthalten. Bei extremen Situationen auf dem Wohnungsmarkt muss gegebenenfalls eine Härtefallregelung über ein bedürftigkeitsgeprüftes Wohngeld beibehalten werden. Die Höhe des Grundeinkommens muss jährlich der Inflation angepasst werden.
3. **Das solidarische Grundeinkommen ist finanzierbar.** Die Reaktionen auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen, dass die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger bereit sind, Wege zu gehen, die bis vor kurzem noch undenkbar schienen. Zur Finanzierung eines Grundeinkommens gibt es viele Möglichkeiten. Wir halten die Einführung einer negativen Einkommensteuer mit einem Einheitssteuersatz für den besten Weg. Das Volkseinkommen in Deutschland betrug 2009 rund 1,8 Billionen Euro. Rund die Hälfte davon würde durch eine Einkommensbesteuerung ausreichen, um ein Grundeinkommen und andere staatliche Aufgaben wie zum Beispiel kostenfreie Bildung oder Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.
4. **Die Auszahlung des Grundeinkommens über die negative Einkommenssteuer ist einfach durchführbar.** Das Finanzamt zieht von der Steuerschuld das Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro für Erwachsene und in Höhe von 500 Euro für Kinder ab. Sollte das Grundeinkommen größer als die Steuerschuld sein oder wie bei Kindern keine Steuerschuld bestehen, wird das Grundeinkommen bzw. die entsprechende Differenz vom Finanzamt ausgezahlt.
5. **Zwei Drittel der Haushalte werden durch ein Grundeinkommen entlastet, ein Drittel wird stärker belastet.** Zur Finanzierung eines Grundeinkommens und der weiteren staatlichen Aufgaben ist ein Einheitssteuersatz in Höhe von rund 50% auf das Einkommen notwendig. Aber Achtung! Dass ist nur rechnerisch eine hohe Besteuerung, denn durch das Anrechnen des Grundeinkommens auf die Steuerschuld ist die tatsächliche Steuerbelastung für über zwei Drittel der Haushalte in Deutschland gleich oder geringer als bisher. Zum Beispiel läge die tatsächliche steuerliche Belastung bei einem Alleinstehenden mit einem Bruttoeinkommen von 4.000 Euro im Monat bei

154 30%; ein Ehepaar mit einem Kind und dem gleichen Bruttoeinkommen müsste
155 effektiv keine Einkommenssteuer bezahlen und würde stattdessen noch 100
156 Euro im Monat vom Finanzamt erstattet bekommen.

157 Die **Vorteile einer negativen Einkommensteuer im Überblick** sind:

- 158 • in Verbindung mit der Auszahlung eines Grundeinkommens entfaltet die
- 159 negative Einkommensteuer eine progressive Wirkung
- 160 • es findet deshalb eine Umverteilung von Reich nach Arm statt.
- 161 • rund zwei Drittel der Haushalte werden finanziell entlastet
- 162 • fast nebenbei wird ein einfaches und verständliches
- 163 Einkommensteuerrecht geschaffen.
- 164

165 6. **Einige Sozialleistungen sind nach der Einführung eines**
166 **Grundeinkommens nicht mehr notwendig.** Konkret würde ein
167 Grundeinkommen u.a. ersetzen: Arbeitslosengeld II, Teile der Sozialhilfe,
168 Ausbildungsförderung, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss, Grundsicherung im
169 Alter. Auch würden viele bisherige Steuerfreibeträge wegfallen, deren Zweck
170 es bisher ist, das Existenzminimum sicherzustellen. Das würde in Zukunft
171 durch das solidarische Grundeinkommen sichergestellt.

172 Ein Grundeinkommen kann viele Sozialleistungen ersetzen, aber nicht alle.
173 Für behinderte Menschen oder in der Kinder- und Jugendhilfe wird es
174 beispielsweise weiterhin zusätzliche Leistungen geben müssen, die einer
175 Bedürftigkeitsprüfung unterliegen.

176
177 7. **Die Sozialversicherungssysteme bleiben erhalten und sind in Richtung**
178 **Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.** Unser Sozialstaat wird mit Hilfe
179 des solidarischen Grundeinkommens ausgebaut. Die
180 Arbeitslosenversicherung, die Kranken- und Pflegeversicherung sowie die
181 gesetzliche Rentenversicherung bleiben bestehen.

182
183 8. **Ein solidarisches Grundeinkommen ermöglicht sinkende**
184 **Sozialversicherungsbeiträge ohne Leistungsabbau.** Zur Existenzsicherung
185 gehört unbestreitbar auch eine Kranken- und Pflegeversicherung, die jedem
186 Einwohner mit Hilfe eines solidarischen Grundeinkommens garantiert wird.
187 Deshalb wird zusätzlich zum Grundeinkommen für jeden Erwachsenen und für
188 jedes Kind Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge aus Steuermitteln
189 gezahlt. Die Beiträge werden zum einen durch einen auf die Höhe des
190 Grundeinkommens bezogenen Beitragssatz aus Steuermitteln finanziert. Zum
191 anderen werden darüber hinaus die Versicherungsbeiträge wie bisher auf das
192 Erwerbseinkommen bezogen.

193 Die bei der Einführung eines Grundeinkommens nicht mehr notwendig
194 gewordenen Steuermittel zur Finanzierung der unter Punkt 6 genannten
195 Sozialleistungen werden zur Gegenfinanzierung herangezogen. Die
196 Beitragssätze werden dann sinken.

197

198 9. **Bürgerversicherung und Grundeinkommen ergänzen sich.** Die Kranken-
199 und Pflegeversicherung werden nach dem Konzept der SPD zu einer
200 Bürgerversicherung ausgebaut. Nach dem Prinzip der Bürgerversicherung
201 werden von allen Einkommensarten Sozialversicherungsbeiträge entrichtet
202 und die Trennung in ein gesetzliches und privates in ein

203 Krankenversicherungssystem aufgehoben. Alle Einwohner zahlen in ein
204 Krankenversicherungssystem ein.

205

206 **10. Das Grundeinkommen garantiert allen Rentnerinnen und Rentnern eine**
207 **auskömmliche Mindestrente und ermöglicht sinkende**
208 **Versicherungsbeiträge.** Alle bestehenden Rentenansprüche bleiben
209 erhalten. Darüber hinaus wirkt das solidarische Grundeinkommen für viele
210 Rentnerinnen und Rentner wie eine Mindestrente. Über 60% der Rentnerinnen
211 und auch knapp 25% der Rentner in Westdeutschland erhalten derzeit eine
212 Rente unterhalb von 800 Euro. Ein solidarisches Grundeinkommen würde für
213 diese Menschen endlich ein eigenständiges und auskömmliches Einkommen
214 bedeuten. Dies wäre ein großer Fortschritt für die Betroffenen und ein Mehr an
215 sozialer Sicherheit für Millionen von Rentnerinnen und Rentnern.

216 Außerdem könnten die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung
217 erheblich gesenkt werden, weil von den Beiträgen nur noch die
218 Rentenansprüche oberhalb von 800 Euro bezahlt werden müssten. Durch das
219 solidarische Grundeinkommen werden 800 Euro bereits aus Steuermitteln
220 aufgebracht.

221

222 **11. Grundeinkommen und Mindestlohn ergänzen sich.** Verschiedentlich wird
223 kritisiert, dass ein Grundeinkommen wie ein flächendeckender Kombilohn mit
224 all seinen Nachteilen wirken würde. Diese Gefahr lässt sich bei einem
225 solidarischen Grundeinkommen mit einer einfachen Lösung ausräumen,
226 nämlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Es spricht nichts
227 dagegen, ein Grundeinkommen und gleichzeitig einen Mindestlohn
228 einzuführen.

229

230 **12. Ein solidarisches Grundeinkommen kann Schritt für Schritt eingeführt**
231 **werden.** Mit der Einführung eines Grundeinkommens ist ein erheblicher
232 Umbau unseres bisherigen Sozialstaats verbunden. Dieser Umbau muss
233 behutsam erfolgen und kann in Schritten stattfinden, weil wir die Menschen
234 auf diesem Weg mitnehmen müssen. Erste Schritte wären zum Beispiel die
235 Einführung einer einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung bis zum
236 25. Lebensjahr, wie sie von der AWO vorgeschlagen wird und bereits in der
237 SPD diskutiert wird, oder die Einführung einer individuellen und
238 steuerfinanzierten Mindestrente. Die stufenweise Einführung eines
239 Grundeinkommens hat den Vorteil, dass sich mit jeder Stufe überprüfen lässt,
240 ob die erwarteten positiven Veränderungen bei den Menschen auch
241 tatsächlich eintreten oder Korrekturen notwendig sind.

242

243 Wir haben noch nicht auf alle Fragen, die mit der Einführung eines solidarischen
244 Grundeinkommens verbunden wären, eine optimale Antwort. Es bleibt noch einiges
245 zu tun. Aber wir sind davon überzeugt, auf dem richtigen Wege zu sein, den
246 Menschen mit einem solidarischen Grundeinkommen größere soziale Sicherheit zu
247 bieten und eine sozial gerechtere Gesellschaft zu schaffen.